

Der Überbietungswettbewerb der Klimaradikalen

Welt, 04,05,2021, Daniel Wetzel

Daniel Wetzel kommentiert die Politik nach dem Klimabeschluss von Karlsruhe: Selbst Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will jetzt noch Geld ausgeben

Der Klimabeschluss des Verfassungsgerichts ist ungenau formuliert – jetzt wollen Politiker die bisherige Energiepolitik zur Disposition stellen. Selbst CSU-Chef Söder will mehr Geld für einen früheren Kohleausstieg ausgeben. Deutschland drohen gravierende wirtschaftliche Folgen.

Urteile sind nicht immer ausgewogen. Manche sind noch nicht einmal gerecht. Doch das Urteil eines obersten Gerichts sollte zumindest eine Qualität haben: Es sollte klar sein. Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Donnerstag war es nicht. Es drohen gravierende wirtschaftliche Folgen.

Die Richter hatten am Bundesklimaschutzgesetz nur eines als verfassungswidrig kritisiert: dass es für die Zeit nach 2030 keine Regelungen trifft. Doch dank ungenauer Formulierungen und Begrifflichkeiten glaubten Politiker und Klimalobbyisten, aus dem Urteil herauslesen zu können, dass in Wirklichkeit etwas anderes gefordert sei: sofort wirkende, unmittelbare Verschärfungen an allen Fronten des Klimaschutzes. Würden diese „Zwischentöne“ im Urteil ignoriert, sei das Verfassungsgericht „in Zukunft genötigt, die entwickelten Maßstäbe direkter zur Geltung zu bringen“, warnte unmissverständlich die namhafte Stiftung Umweltenergierecht: Die Übernahme der Legislative durch eine sich allwissend gebende Judikative gilt im Klimaschutz bereits als akzeptiert.

Auf die Politik aber wirkte der Richterspruch wie ein Habichtschrei auf einen Hühnerhaufen. Bezahlbare Energie, Wettbewerbsfähigkeit, internationale Absprachen, alles steht zur Disposition. Da will CSU-Chef Söder noch mehr Geld für einen noch früheren Kohleausstieg ausgeben – ganz so, als würde der Emissionshandel nicht längst dasselbe gratis regeln. Ökostrom? 80 Prozent bis 2030, mindestens: Wen interessiert noch, dass Speicher und Netze fehlen?

Klimaschutz nur noch im Geleitzug, das war einmal: Jetzt will man der EU wieder mit nationalen Sonderzielen vorauspreschen, wie sinnfrei das auch sein mag. Verdopplung des CO₂-Preises auf Benzin: Kein Problem, der Steuerzahler wird die Pendler schon entschädigen. Die regierungsnaher Denkfabrik Agora Energiewende sieht gar die Zeit gekommen, „Klimaräte“ zu ermächtigen. Öffentliche Investitionen will man mit einem hohen „Schattenpreis“ für CO₂ erschweren.

Mit ihrem Rückgriff auf das fragwürdige Konzept eines „CO₂-Budgets“ und einem statischen Begriff von „Generationengerechtigkeit“ haben die Verfassungsrichter mitten im Superwahljahr einen Überbietungswettbewerb der Klimaradikalen ausgelöst. Es scheint keine Schranken mehr zu geben. Die Aussicht auf effizienten Klimaschutz schwindet. Wer die Rechnung begleichen wird, ist noch offen: Diesen Teil der Generationengerechtigkeit hat Karlsruhe noch nicht geregelt.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus230845879/Umweltpolitik-Ueberbietungswettbewerb-der-Klimaradikalen.html>